

Die Versuche zur Reprivatisierung Altenraths zwischen 1945 und 1968

„Und David sprach: Der Herr, der mich vor dem Löwen und Bären errettet hat, der wird mich auch erretten von diesem Philister“ (1. Samuel 17, 37).

Die Geschichte der Reprivatisierung Altenraths ist nur vor dem Hintergrund wichtiger landes- und bundespolitischer Entscheidungen zu verstehen. Es ist die mehr als dreißigjährige Geschichte von etwa 1 200 Menschen, die gegen nahezu alle Behörden des Bundes und des Landes anrannten wie gegen eine Gummiwand. Es ist aber auch die Geschichte vom kleinen David und dem Riesen Goliath – mit geringfügigen Abweichungen: David standen – allerdings erstaunlich erfolglos – viele bedeutende Politiker zur Seite, der Philister erscheint in vielerlei – behördlichen – Gestalten, und der Sieg wurde nicht mit einem einzigen Steinwurf errungen.

Nach Unterzeichnung der Kapitulationsurkunden in Reims und Karlshorst war für Europa in der Nacht zum 9. Mai 1945 der II. Weltkrieg beendet. Wenige Stunden später stellte der Lohmarer Amtsbürgermeister *Lagier* als „Treuhand der Gemeinde Altenrath“ mit Erlaubnis der US-Kommandantur Herrn Peter Müller und Frau einen Siedlerschein aus:

„Sie werden heute als Neusiedler der Gemeinde Altenrath überwiesen, und ich bitte Sie, sich dort sofort mit dem Beauftragten Gendarmerie-Hauptwachmeister Hollinders, Heeresforstwacht von der Heide, unter Vorlage dieses Ausweises in Verbindung zu setzen. Es soll Ihnen eine der Stärke Ihrer Familie angemessene Wohnung zugewiesen werden. Voraussetzung ist, daß das ländliche Leben Ihnen Freude macht und daß Sie bereit sind, sich mit Gartenbau, Viehhaltung und Obstbaupflege zu befassen. Die notwendige Instandsetzung der Wohnung ist Ihre Sache... Die Abschließung eines Miet- oder Pachtvertrags erfolgt demnächst. Bis dahin bitte ich Sie, sich genauestens an die Anweisungen der in Altenrath beauftragten Beamten zu halten“¹.

Frau und Herr Müller waren zwei von zahllosen Menschen, die im Chaos dieser Tage eine Behausung suchten. Mehrere hundert Heimat- und Obdachlose fanden im „Geisterdorf“ Altenrath, in dem seit 1938, dem Jahr der Einverleibung des Ortes in den Truppenübungsplatz, niemand mehr gewohnt hatte, einen Unterschlupf, den sie zwar ersehnt, aber so jämmerlich und notdürftig wohl nicht gewünscht hatten: ohne Wasser, ohne Strom; Dächer, durch die Mond und Sonne im Wechsel hereinschauten, bedrückende Enge und dazu die Pflicht, sich durch Feldbestellung überwiegend selbst zu versorgen. Mit welcher Arbeit hätte man da beginnen sollen?

So wundert es nicht, daß Bürgermeister *Lagier* in einer öffentlichen Bekanntmachung am 22. Mai 1945 klagte:

„Die Neubesiedlung Altenraths macht nicht die erwarteten Fortschritte.“ Er erkennt als Ursache „Mangel an Baustoff und Transportmitteln“, doch hält er die Siedler auch zu

„mehr Aufräumung, Ordnung, Sauberkeit und namentlich Gartenbestellung“ an und setzt fort: „Uns Deutschen wird so schnell niemand mehr helfen. Wer sich bis zum 31. Mai in diesem Sinne nicht bewährt, wird durch einen anderen Bewerber ersetzt. Die Zahl der Bewerber ist groß.“

In den nächsten Monaten erfuhren die Altenrather, an wen sie den Mietzins und eventuelle Anträge zu richten hätten, an die „Abwicklungsstelle für Reichsvermögen/Reichsvermögensverwaltung Köln“, die spätere Oberfinanzdirektion. Damit war ein „Provisorium“ geschaffen, das 35 Jahre bestehen sollte. Das Problem war: Die Oberfinanzdirektion (OFD) vernachlässigte ihre Pflichten als Eigentümer, da ständig wechselnde Landes- bzw. Bundesplanungen Anlaß gaben zu glauben, Altenrath würde endgültig von der Landkarte verschwinden. Andererseits mußten die Altenrather, je länger das Provisorium bestand, um so fester davon überzeugt sein, sie würden eines Tages doch noch Eigentümer der Häuser, die sie jahrzehntelang bewohnten und zunehmend renovierten.

1947 zog *Josef Alexi* mit seiner Familie nach Altenrath. Er wurde in den nächsten Jahren einer der wichtigsten Wortführer Altenrather Belange. Aus der Erinnerung erzählt er, zur Vorbereitung der Fronleichnamsprozession habe die Nachbarschaft am „Schengbüchel“ das Heiligenhäuschen hergerichtet. Dabei sei man auf den Gedanken gekommen, eine Interessengemeinschaft zu gründen. Probleme gab es genügend. Noch immer war der Ort ohne Wasserleitung, und der „Kölner Stadt-Anzeiger“ registrierte noch am 12. Juli 1950 anlässlich einer Inspektionsfahrt des Amtsbürgermeisters *Lagier* „erschütternde Wohnverhältnisse im Amt Lohmar“:

„In den zwei Räumen wohnten acht Menschen... Fenster sind mit Pappe geflickt; es zieht dauernd, die Wände haben keine Farbe; die Verbindung zum nächsten Raum bildet – ein alter Sack... Kein Klosett, kein Stall, kein Keller steht zur Verfügung. Auf dem Speicherraum, durch dessen offenes Fenster der Wind fegt, schlafen inmitten des Gerümpels zwei Menschen.“

Da der Hauseigentümer die Reparaturwünsche der Bewohner bei weitem nicht erfüllte, traf man sich im November 1949 zu einer außerordentlichen Gemeindeversammlung. Es wurde beabsichtigt, eine umfassende Überprüfung der Mieten auf der Grundlage der „Richtlinien für Wohnraummieten auf dem Lande“² durchführen zu lassen. Dieser Erlaß der „Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirt-

1 Diese Arbeit stützt sich, sofern nichts anderes erwähnt ist, auf die umfangreichen Sammlungen in Form von Briefen, Sitzungsprotokollen, Zeitungsausschnitten usw. der Herren *Josef Alexi*, des ehemaligen Vorsitzenden der Siedlergemeinschaft und des früheren Ortsbürgermeisters bzw. Ortsvorstehers *Erich Gärtner*. Beide sind bei den Bemühungen um die Freigabe Altenraths an erster Stelle zu nennen. Ich danke Familie *Alexi* und *Wilma Gärtner* für die freundliche Unterstützung.

schaftsgebiets, der also noch aus der „Bizonen-Zeit“ stammte, sah für Landgemeinden niedrigere Mieten vor, da dort die Bauten „hinsichtlich Bauweise, Ausstattung und Versorgungseinrichtungen in der Regel hinter Wohnungen in städtischen Bauten erheblich zurückblieben“. Wenn schon kaum Renovierungen zu erreichen waren, so wollte man wenigstens niedrigere Mieten bezahlen. Nun begann ein monatelanges Gerangel um Mietfestsetzungen mit dem Kreis und dem Regierungspräsidenten. Es war sozusagen die Generalprobe für die vielen Behördentermine, die später noch folgen sollten.

Um ihrer Sache mehr Nachdruck zu verleihen, wandte sich die Interessengemeinschaft, die sich danach „*Siedlergemeinschaft Altenrath*“ nannte, an den Deutschen Siedlerbund, (DSB) Landesgruppe Rheinland, um Mitglied zu werden. Mit dieser Rückenstärkung konnte man zum 27. November 1950 zu einer Versammlung einberufen, in der man nicht nur wegen Fragen der Reparatur und Versorgung an die Öffentlichkeit trat. Von der Siedlergemeinschaft nahmen die Herren *Art, Grünwald, Thomas, Schwarz, Alexi* und *Scholz* teil. Als Gäste waren anwesend die Herren Amtsbürgermeister *Lagier*, Gemeindedirektor *Priel*, Ballensiefen vom Wohnungsamt des Kreises, *Hein* vom Amt *Lohmar* und Ortsbürgermeister *Clemens*.

Herr *Alexi* nannte einleitend die vordringlichsten Probleme: „Wasser, Mieten und Instandsetzungen“; als „wünschenswerte Angelegenheiten“ trug er vor: „Ansiedlung von Industrie, Unterstützung von Siedlungsbestrebungen und Loslösung aus der Verwaltung durch den Oberfinanzpräsidenten“. Herr *Lagier* empfahl, „die Instandsetzungen... durch Zwangsmittel (Mietaufrechnung oder Pfändung) durchzuführen“. Außerdem teilte er mit, es stehe zu hoffen, daß „in nächster Zeit mit den Arbeiten an der Wasserleitung begonnen wird“. Die Loslösung vom Truppenübungsplatz betreffend, erhoffte er „die Wiederherstellung der alten Zustände“ (Reprivatisierung). Er empfahl, deswegen eine Eingabe an den Landesgouverneur *Bishop* zu machen.

Anlaß für diese optimistische Prognose war wohl die sich anbahnende Ablösung der britischen Soldaten durch belgische Besatzungstruppen und die für den 1. Februar vorgesehene Übergabe des Flughafens *Wahn* von der *Royal Air Force* an die *Köln-Bonner Flughafen Wahn GmbH*. Für die Belgier wurden gleichzeitig zwei Kasernenbereiche (*Spich* und *Altenrath*) geplant, von denen der *Altenrath*, so mag die Versammlung gehofft haben, nicht nur die ersehnte Wasserleitung bescheren würde, sondern auch die Lösung vom Truppenübungsplatz.

Offensichtlich hatte diese Versammlung und die daraus resultierende Berichterstattung in der Presse die Siedlergemeinschaft ermutigt; denn der neugewählte Vorsitzende der Siedlergemeinschaft, *Josef Alexi*, startete zu Beginn des Jahres 1951 eine umfassende Briefaktion.

Zunächst schrieb er listenreich an *Dr. von Uslar* vom Landesamt für Bodendenkmalpflege, um diesen darauf hinzuweisen, daß der Kasernenbau an der *Hohen Schanze* das dortige Hügelfelder gefährde. Wenn er schon nicht das Vorhaben verhin-

dern wollte oder konnte, so sollte doch wenigstens wertvolles Kulturgut erhalten bleiben und die Kaserne womöglich in einer besseren Konstellation zu den *Altenrath* Vorhaben (Wasserleitung und Siedlungsgedanke) gebaut werden. Da gleichzeitig die *Flughafen GmbH*, die die Flugsicherheit und vermutlich weitergehende Pläne gefährdet sah, auf das schärfste protestierte, gelang es tatsächlich, die Kaserne zu verlegen, so daß ein Großteil der Hügelfelder – noch – erhalten blieb.

Kurz darauf, im März 1951, schrieb *Josef Alexi* an den Regierungspräsidenten *Dr. Wilhelm Warsch*. Er beantragte, „die Integrität des Siedlungsraumes *Altenrath* mit seinen kommunalen Grenzen von 1938 eindeutig festzulegen“, da nur so „der Aufbauwille der Ortseinwohner wieder belebt werden könne, die Bereitstellung von Mitteln und Beihilfen, Eigentum anstrebende Familien... in ein Siedlungsverhältnis auf Amortisationsbasis zu überführen und“ – für den Fall einer Expansion der belgischen Kaserne – „ein auffangfähiges Siedlungsvorhaben festzulegen“. Eine Durchschrift des Schreibens erhielten Bundeskanzler *Dr. Adenauer*, Landrat *Peter Etzenbach*, die Mitglieder des Landtages *Dr. W. Hamacher*, *M. Henseler*, *J. Ballensiefen*, *M. Schönenborn* und der Petitionsausschuß des Bundesstages.

Die *Altenrath*er hätten keinen ungünstigeren Zeitpunkt für ihr Anliegen finden können. Im Oktober 1950 war gerade die „Dienststelle der Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“ – später kurz „*Amt Blank*“ genannt – gegründet worden. Mit der Revision des Besatzungsstatuts im März 1951 und dessen Aufhebung ein Jahr später begann die Phase der Remilitarisierung der Bundesrepublik. So ist es nicht zu verwundern, daß über fiskalisches Gelände keine genauen Auskünfte gegeben wurden. Außerdem zeigen die Antworten, die in den nächsten neun Monaten in *Altenrath* eintrafen, die Schwächen des föderativen Systems: Landes- und Bundesplanungen erwiesen sich als unkoordiniert. Eine systematische Analyse der Antwortbriefe zeigt, daß *Alexis* Briefe in drei Wespenester stachen:

1. Die Belgier: Mittelbar erfahren wir zunächst von ihnen durch einen Brief des Vorsitzenden des Deutschen Siedlerbundes, *Herrn Fleischhauer*, den er im Anschluß an ein Gespräch im *NW-Landwirtschaftsministerium* an *J. Alexi* schrieb:

„Die Engländer selber wären auch wahrscheinlich gar nicht einmal gegen unser Vorhaben, aber die Belgier spielen gerne die starken Männer und machen keinerlei Konzessionen. Gegen die Ansprüche einer Besatzungsmacht ist die deutsche Regierung zur Zeit völlig machtlos.“

Am 10. November schreibt die OFD an den Oberkreisdirektor, „daß die belgischen Besatzungsmächte diesem Vorschlag nicht zustimmten“, und einen Monat später schreibt der Oberkreisdirektor an den Siedlerbund, daß „die belgische Armee lediglich die Gewährung von Manöverrechten (in *Altenrath*) fordert“.

2 Runderlaß Nr. 29/47, veröffentlicht im Mitteilungsblatt der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets Nr. 3, Jg. 2.



rechte Seite:
2 Eine typische
Altenrather Idylle,
auf dem Dahl

2. Das Land: Dr. Warsch kündigt ein Antwortschreiben nach der Besichtigung der Hohen Schanze, die Kasernenverlagerung betreffend, an. Zwei Monate später schreibt der NW-Landwirtschaftsminister:

„Da Altenrath wieder in den Truppenübungsplatz einbezogen werden könnte, wird die Bundesfinanzverwaltung... einem Antrag auf Freigabe Altenraths kaum nähertreten können. Ich empfehle, diese Frage zunächst bei der Bundesregierung zu klären.“

Am 10. August schrieb Jakob Ballensiefen als Mitglied des Landtags:

„Vorläufig steht noch nicht fest, welche Flächen... von den Besatzungstruppen beansprucht werden; eine Gefahr

„Die Vollversammlung des Deutschen Bundestages hat in ihrer 140. Sitzung... den Beschluß gefaßt, Ihre Eingabe der Bundesregierung zur weiteren Behandlung zu überweisen.“

Am 3. August erkannte der Bundesminister für Wohnungsbau, daß er zu einer Stellungnahme „verfassungsrechtlich nicht ermächtigt sei“, weshalb er sie „an den Herrn Minister für Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen abgeben müsse“. (Weshalb die Petition zum Landtag kam, s. o.!)

Kurze Zeit nachdem er seine verfassungsrechtliche Unzuständigkeit festgestellt hatte, erkannte der Wohnungsbauminister die in Wahrheit zuständige



3 Noch heute sind überall die Spuren, hier am Rübkamp, der jahrelangen Abwesenheit der Bürger erkennbar

für Altenrath besteht allerdings nach meiner Kenntnis (!) zur Zeit (!) nicht. Durch die Anlage der für die geplanten belgischen Truppenunterkünfte notwendigen Wasserleitung wird es im Gegenteil möglich sein, auch Altenrath mit Wasser zu versorgen und so einen weiteren Schritt zum Wiederaufbau zu tun.“

Der Präsident des Landtags vermehrt das Chaos, indem er den Beschluß des Landtags vom 11. Dezember 1951 verkündet:

„Die Eingabe wird dem Ministerpräsidenten mit der Bitte um beschleunigte Klärung des Schicksals des Dorfes Altenraths überwiesen.“

3. Der Bund: Aus Bonn traf als erstes die Antwort auf die Petition Nr. 9,304 ein:

Stelle, das „Amt Blank“. Dies schien sich aber noch nicht bis zu Landrat Etzenbach, der gleichzeitig Mitglied des Bundestages war, durchgesprochen zu haben, denn er schrieb noch am 14. September:

„Inzwischen ist die Tatsache eingetreten, daß die Besatzung den ehemaligen Truppenübungsplatz Wahner Heide für militärische Zwecke angefordert hat.“

Beiläufig zweifelte er an, ob die Altenrather „Siedler“ seien, da sie ja nur „Mieter“ wären.

Auf diese Bemerkung reagierte Josef Alexi blitzschnell. Noch bevor die endgültige Antwort aus Bonn kam, schrieb er an Herrn Lagier mit der Bitte zu bescheinigen, daß 1945 tatsächlich „Siedlerscheine auf Anordnung amerikanischer Dienststel-





len herausgegeben wurden“. Lagier bestätigt, daß der US-Offizier damals die Genehmigung erteilt habe, dies „allerdings nur mündlich“.

Genau vier Wochen nach Landrat Etzenbachs Schreiben, am 15. Oktober 1951, teilte ein Herr Dr. Loosch vom „Amt Blank“ mit – und es muß gewirkt haben, als sei er eigens geschickt, die chaotische Situation noch mehr zu verwirren–, „daß damit zu rechnen ist, daß das Gebiet der Gemeinde Altenrath ... von der Besatzungsmacht nicht beansprucht werden wird“.

Die Widersprüchlichkeit der Aussagen ist wohl auch damit zu erklären, daß die Frage der Wiederbewaffnung unseres Staates gerade in diesen Monaten

„Ihre Denkschrift habe ich mit großem Interesse zur Kenntnis genommen; sie ist ein schmerzlicher Rückblick auf das, was einstens war, zugleich aber auch ein hoffnungsfroher Ausblick auf das, was wieder werden soll. Gern und freudig will ich Ihr Siedlungswerk nach besten Kräften unterstützen; möge es von dem Segen Gottes begleitet sein.“

Es war der Regierungspräsident Dr. Warsch, der – endlich – am 27. Januar 1952 in einem Brief an J. Ballensiefen für Klarheit sorgte:

„Der Besiedlung Altenraths dürften unübersehbare Schwierigkeiten entgegenstehen. Außerdem ist nach einem Erlaß des Finanzministers vom 16. März 1951 (!) der Verkauf von ehemaligen Wehrmachtsgrundstücken wegen des etwaigen Eigenbedarfs (!) zurückzustellen.“

linke Seite:
4 Man hat in Altenrath auch die Fassade entdeckt: eine ansprechende Restaurierung (außer den Fenstern)



überaus heftig diskutiert wurde. Bezeichnend ist die Antwort, die vom Bundeskanzler selbst kam, der ja immerhin Bürger des Siegkreises war:

„Der Herr Bundeskanzler hat sich (über den geschichtlichen Überblick des Heidedorfes Altenrath) außerordentlich gefreut und begrüßt Ihre Bemühungen, die heimatgeschichtlichen Grundlagen Ihres Heidedorfes zu ergründen.“

Das war eine Antwort nach dem Motto „Die haben mir gerade noch gefehlt“ (schließlich hatte Adenauer eben erst das Amt des Außenministers mit übernommen.)

Von zeitlosem Wert für die Troisdorfer dürfte der Antwortbrief von Dr. Hamacher sein, der übrigens als erster, am 28. März 1951, eintraf; er war ganz im Stil der Zeit abgefaßt:

War dies das Ende der Tragikomödie der Irrungen? Bei weitem nicht! Zunächst einmal gilt es nachzuholen, was sich im Verlauf des zuletzt geschilderten Jahres in Wahn getan hatte; denn die dortigen Vorgänge sollten das Schicksal Altenraths für die nächsten 20 Jahre bestimmen. Im Mai 1951 war zum erstenmal die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen öffentlich aufgetreten. Die Kölner Rundschau zitierte am 10. Mai den Verkehrswissenschaftler Prof. Carl Pirath:

„Die Bundesrepublik bedürfe außer Berlins zweier transkontinentaler Flughäfen, für die Frankfurt und der Raum Köln in Frage kämen.“

Die Rheinische Zeitung zitierte denselben einen Tag später:

5 Natur- und Fachwerkidylle (Haus Alexi) am Schengbüchel

Bonn, den 5.3.1951

Der Persönliche Referent

BK-Z-4327/51

Eingang 8/3.51/f

An die
Siedlergemeinschaft
Heidedorf Altenrath

Altenrath üb. Siegburg

Sehr geehrte Herren !

Der Herr Bundeskanzler dankt Ihnen für Ihr Schreiben vom 3.3.1951, mit dem Sie ihm gleichzeitig ein Schreiben an den Herrn Regierungspräsidenten in Köln und einen geschichtlichen Überblick des Heidedorfes Altenrath mit einer Karte übermittelten.

Er hat sich hierüber ausserordentlich gefreut und begrüsst Ihre Bemühungen, die heimatgeschichtlichen Grundlagen Ihres Heidedorfes zu ergründen.

In vorzüglicher Hochachtung

Dr. Mai

(Dr. Mai)

6 Der persönliche Referent des Bundeskanzlers Adenauer antwortet der Altenrath Siedlergemeinschaft

„Es ist notwendig, von kommenden Dingen zu sprechen, sie in weitsichtiger Planung vorzubereiten... Das 2400 ha große Gelände des Köln/Bonner Flughafens entspricht... allen Anforderungen des kommenden Weltluftverkehrs.“

Zurück nach Altenrath! Dr. Warschs Brief hatte Anfang 1952 zur Folge, daß sich das Gerücht verbreitete, die Altenrath würden erneut ausgesiedelt. Dies veranlaßte den britischen Kreisresident Powell, öffentlich bekanntzugeben:

„It is confirmed that there is no intention of evacuation of the village of Altenrath... Such ill founded rumours are no doubt circulated by persons of ill will“³.

Offensichtlich war es diese Mitteilung, die Amtsbürgermeister Lagier vermuten ließ, daß Altenrath nunmehr, da die Bewohner nicht evakuiert würden, freigegeben werde. Wie Herr Lagier irren sich später viele, die meinten, Altenrath würde reprivatisiert, weil es nicht evakuiert würde. Die Tragik der Vorgänge beruht gerade darin, daß, da weder das eine noch das andere geschah, das Heidedorf in einer Art Ausnahmezustand verblieb. So schrieb er am 10. April 1952 an Josef Alexi:

Ihr Hochziel: Erbpachtsiedlung Altenrath. – Glückauf und frohe Ostern!“

Infolgedessen holte man in den nächsten Monaten zu einem neuen Anlauf aus, der am 27. Januar 1953 durch ein Schreiben von Landrat Etzenbach an das Amt Lohmar endgültig abgebremst wurde:

„In einer Zeit, in der der Bund immer wieder genötigt ist, Grundstücke für Zwecke der Truppenunterbringung zu beschlagnahmen, ist es nicht vertretbar, bundeseigenes Grundeigentum zu verkaufen.“

So ist es nicht verwunderlich, daß die Altenrath noch immer auf ihren Wasseranschluß warteten, obwohl die Leitung zur Kaserne hin schon längst gelegt war.

Noch ein Eisen hatte man im Feuer; man wartete auf eine Antwort des Generalvikariats, an das man sich sozusagen letztinstanzlich gewandt hatte, denn immerhin war es der Kirche gelungen, Grundstücke über 1938 hinaus im Besitz zu behalten. Auf der

3 Übers.: „Es wird bestätigt, daß nicht beabsichtigt ist, das Dorf Altenrath zu evakuieren... Solche unbegründeten Gerüchte werden zweifellos von böswilligen Personen verbreitet.“



Sitzung des Siedlerausschusses am 3. Juli 1953 konnte Pfarrer *Richarz*, wie das Protokoll ausweist, erschöpfend Auskunft geben:

Bezogen auf 1938 vertritt das Generalvikariat die Ansicht, daß der damals abgeschlossene Vertrag zwischen der Wehrmacht und der Kirchengemeinde Troisdorf rechtsungültig sei,

„da er nicht vom Generalvikariat als der vorgesetzten Dienststelle unterschrieben wurde. Das Generalvikariat hatte die Unterschrift verweigert. Damals wurde ein Teilbetrag von 60 000 Mark von der Wehrmacht bezahlt. Die Kirchengemeinde will beim Amtsgericht Siegburg die Löschung der Beschränkung beantragen... dann wäre die Möglichkeit der Bebauung gegeben.“

Auf diese gute Nachricht folgte gleich die schlechte:

„Seitens der Rechtsabteilung [des Generalvikariats] wird der augenblickliche Zeitpunkt für einen Vorstoß [zur Reprivatisierung] als ungelegen betrachtet, da keine deutsche Dienststelle in der Lage sei, selbständig zu entscheiden. Bei Umwandlung der Dienststelle Blank in ein Wehrministerium wäre die Möglichkeit zur Aufnahme von Verhandlungen gegeben.“

Da nichts so sehr ermüdet wie anhaltender Mißerfolg, wurde es in der Folgezeit sehr ruhig in Altenrath. Die Akten lassen erkennen, daß die Siedlergemeinschaft allmählich einschliefl und keine Beiträge mehr an den Deutschen Siedlerbund bezahlte, vermutlich weil der Sinn der Siedlerbestrebungen in Altenrath nicht mehr erkennbar war. Unterdessen waren endlich, zwei Jahre nach Inbetriebnahme der Kaserne, auch für die Altenrather die Wasseranschlüsse hergestellt.

Die Zeit der Pariser Verträge, Oktober 1954, und des Aufbaues der Bundeswehr verlief merkwürdigerweise ohne neue Altenrather Aktionen. Das be-

deutet nicht, daß man dort faul geworden wäre. Die Bemühungen der Altenrather um eine bessere Verkehrsanbindung durch Straßenbau, Autobahnzufahrt und Bushaltestelle Höhrwiese dauerten ununterbrochen an und sind hier nur deshalb weggelassen worden, weil sie ein ganzes Buch füllen würden⁴.

Anfang 1957 suchte der Landschaftsverband ein Grundstück zur Errichtung eines Freilichtmuseums. Eine solche Einrichtung hätte die wichtigsten Probleme der Altenrather mit einem Schlag lösen können: bessere Verkehrsanbindung, Einnahmequelle für die Gemeindekasse und „Katalysator“ für die nun wieder einsetzenden Reprivatisierungsbestrebungen. So bewarb man sich mit 24 anderen Gemeinden um das Museum und kam sogar in die engere Wahl der letzten sieben. Mit diesem Argument konnte man sich nun erneut mit der Bitte um Freigabe an den Bund wenden.

Im Dezember 1957 ließ Verteidigungsminister Strauß seinen Staatssekretär Dr. Rust an den seit knapp zwei Jahren im Amt befindlichen Ortsbürgermeister Erich Gärtner schreiben:

„Es ist nicht beabsichtigt, das Gelände des Dorfes Altenrath für die Bundeswehr wieder in Anspruch zu nehmen... Ich darf hoffen, daß... die vorgesehene Anlage des Freilichtmuseums ermöglicht wird.“

Anfang 1958 erfuhr MdB Karl Wienand, daß auch der Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz keine Bedenken habe:

7 An die „gute alte Altenrather Zeit“ erinnern diese mehrfach genutzten Jugendstil-Geschäftsschilder

⁴ Diese und viele andere negative Folgen des Sonderstatus von Altenrath zeigt Hans-Jürgen Döhring in seinem Aufsatz „Altenrath – Heidedorf mit Sonderstatus“ auf (Troisdorfer Jahreshette VI/VII, 1976/77).

„Für eventuelle Kaufverhandlungen ist die Oberfinanzdirektion Köln zuständig. Der zu fordernde Kaufpreis wird dem Verkehrswert entsprechen.“

Während *Erich Gärtner* schon lange Listen von Grundstücksbewerbern aufstellte und die Frage diskutiert wurde, ob einzeln oder über eine Trägergesellschaft verkauft würde, erhoben zunächst einmal die belgischen Stellen Einspruch. Diese hatten die Sorge, von ihrem Truppenübungsplatz bliebe nichts mehr übrig, denn gerade im Jahre 1958 hatte die NRW-Landesregierung den Ausbau zum interkontinentalen Verkehrsflughafen Köln/Bonn genehmigt. Und wieder setzte das Verwirrspiel der Behörden wie schon zu Anfang der fünfziger Jahre ein.

Im März erfährt *Erich Gärtner* von Landes-Innenminister *Dufhues* „mit verbindlichen Grüßen“, daß sich die Zustimmung der Belgier zur Reprivatisierung... noch im Laufe des Frühjahres erreichen läßt. Während diese wie schon einmal fünf Jahre zuvor unter Einräumung von Manöverrechten in *Altenrath* der Reprivatisierung zustimmen, schreibt Verteidigungsminister *Strauß* an den Bundestagsabgeordneten *Etzenbach* im Frühjahr 1960:

„Es ist nicht beabsichtigt, *Altenrath*... wieder in das Übungsgebiet einzubeziehen... Jedoch kann die Reprivatisierung... infolge der Neuordnung des ehemaligen (!) Truppenübungsplatzes *Wahn*, bedingt durch den Ausbau zu einem interkontinentalen Flughafen, leider noch nicht abschließend behandelt werden.“

Am 17. September 1960 schreibt Staatssekretär *Hopf*, daß „nach alledem zu hoffen ist, daß einer baldigen Freigabe... wesentliche Hemmnisse nicht mehr im Wege stehen“.

Bis zum Januar 1961 war auch zum Bundesminister der Finanzen durchgedrungen, daß „die belgischen Streitkräfte einer Freigabe der Gebiete um *Altenrath*

und *Stephansheide* unter der Voraussetzung zugestimmt haben, daß ihnen ein ständiges Manöverrecht gewährleistet bleibt“. Deshalb teilte er dem NRW-Innenminister in ebendiesem Schreiben vom 23. Januar mit:

„Der Herr Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes hat mit Erlaß vom 21. Dezember 1960 die OFD Köln angewiesen, unverzüglich Verhandlungen über die Durchführung der Reprivatisierung aufzunehmen.“

So kann Dr. *Ballensiefen* vom Kreisplanungsamt am 16. Juni 1961 Bürgermeister *Gärtner* und Planer des Regierungspräsidenten und des Rheinisch-bergischen Kreises zu einer Besprechung über den *Altenrath* Bebauungsplan einladen, der, wie er einleitend sagt, „vom Baudezernat des Regierungspräsidenten bereits grundsätzlich gutgeheißen“ wurde.

Dr. *Orth*, Städteplaner aus *Bensberg*, erläutert den von ihm entworfenen Bebauungsplan:

„Der Plan sehe die Erhaltung der alten Dorfstraße vor. Im Süden sei jedoch eine neue Verbindung zur *Panzerstraße* hin in Aussicht genommen. Entlang den Hauptstraßen sollen 3- bis 4geschossige Miethäuser stehen. Im übrigen herrschten Eigenheime vor. Grundtendenz des Planes seien durchlaufende Grünbänder... Die geplante Bauweise sei für etwa 2500 Menschen bemessen.“

Dem vorgelegten Plan wird allgemein zugestimmt. Bürgermeister *Gärtner* bittet, die anstehenden Fragen in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung zu erörtern.

Während die Heidebewohner über den Plänen die Köpfe zusammensteckten, verging Monat um Monat, ohne daß sich etwas bewegte, und dabei kam ein neuer Gedanke auf. Man suchte einen „großen Bruder“, von dem man sich Rückenstärkung erhoffen konnte, und fand diesen in *Troisdorf*.

Am 12. Oktober 1963 trafen sich die Ältestenräte von *Altenrath* (mit den Herren *Gärtner*, *Clemens* und *Allexi*) und *Troisdorf* (mit den Herren *Heimannsberg*, *Dr. Nöfer*, *Schick*, *Weck* und *Zettelmeyer*), um über die Reprivatisierung *Altenraths* und ein mögliches Zusammengehen mit *Troisdorf* zu sprechen, wie es zuvor Oberkreisdirektor *Kieras* in gleichlautenden Schreiben an Stadtdirektor Dr. *Kaesbach* und Amtsdirektor *Pick* angeregt hatte:

„*Altenrath* stellt für *Troisdorf* natürlich zugeordnetes Siedlungsgelände dar, das die Stadt *Troisdorf* dringend benötigt.“

Bürgermeister *Gärtner* hob hervor, ein Zusammengehen sei „deshalb besonders wünschenswert, weil *Troisdorf* eine echte Bereitschaft des Helfens zeige und sich aus seiner räumlichen Enge befreien könne. Die OFD habe die Reprivatisierung einzelner Grundstücke angestrebt, um einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Um dies zu vermeiden, müsse das Gelände en bloc übernommen werden. Das gesamte Gemeindegebiet ist 884 ha groß, darin liegen 399 ha zu reprivatisierende Fläche und ca. 1,3 ha reine Bebauungsfläche“.

Dr. *Nöfer* sprach unter anderem die Frage an, inwieweit die aktuelle Flughafenplanung die Reprivatisierung *Altenraths* behindere:

„Im übrigen sei die Planung für ein neues Empfangsgebäude des Flughafens soweit zum Abschluß gekommen, daß dieses beim Bau der zweiten Querwindbahn... an

8 Dr. Wilhelm Hamacher verspricht, das *Altenrath* Siedlungswerk zu unterstützen

Dr. Wilh. Hamacher

Troisdorf, 28.3.57
Kirchstraße 37
Ruf: Siegburg 2620

Eingang 21/3.57

*Bitte umgekehrt
Gärtner!
Ihre Dankbriefe
haben mich sehr erfreut
zur Kenntnis genommen;
Sie ist ein sehr wertvoller
Blick auf das, was im Raum
unserer Umgebung über uns
sich ereignet. Dieser Blick auf
das, was mir das werden soll.
Gern möchte ich mich
mit Ihnen über das
Projekt in Troisdorf unterhalten; möge
es Ihnen denn Nutzen. Gottes
Segen sei.
Hr. Dr. Wilhelm Hamacher;
M. J. L. XXV 24*



verkehrter Stelle stünde. Damit dürften alle Spekulationen in bezug auf den Flughafen deplaziert sein.“

Zwei Tage nach diesem Treffen stellte Karl Wienand an Landesminister Franken zwei kritische Fragen: „Ist mit einer zweiten Querwindbahn nicht mehr zu rechnen? Bestehen vom Flugplatz aus irgendwelche Einwände gegen die Reprivatisierung des Ortes Altenrath?“

Die Antwort kam am 15. November von Bundesschatzminister Dollinger. So las sich der Keulenhieb des Goliath, der den wackeren David jedoch nur vorübergehend betäubte:

„Da meinem Ministerium schon vorher bekannt war, daß die belgischen Stationierungsstreitkräfte das Gelände freigeben würden, wurde die OFD Köln bereits am 21. Dezember 1960 angewiesen, Verhandlungen über die Durchführung der Reprivatisierung mit den beteiligten Gemeinden und Landkreisen aufzunehmen... Die fortgesetzten Bemühungen stießen aber auf Schwierigkeiten, die insbesondere in der noch nicht abgeschlossenen Planung für den Flughafen Wahn begründet sind.“

Minister Dollinger berief sich dabei auf einen Brief, in dem der Regierungspräsident am 28. Februar 1963 der OFD mitgeteilt hatte:

„Die Bedenken gegen eine alsbaldige Reprivatisierung sind in der Zwischenzeit nicht ausgeräumt worden. Nach neueren Überlegungen der zuständigen Ministerien ist m. W. damit zu rechnen, daß der größte Teil des Gebietes der Gemeinde Altenrath in die Lärmschutzzone des Flughafens fällt und nicht bebaut werden kann. Ich... empfehle, die Reprivatisierung von Altenrath noch zurückzustellen.“

Eine ähnliche Antwort wie Karl Wienand wird Dr.

Kliesing, Bad Honnef, nicht erhalten haben, denn in einer der nächsten Fragestunden des Bundestages, am Freitag, dem 13. Dezember 1963, 103. Sitzung, fragte er an:

„Was gedenkt das Bundesschatzministerium zu tun, um die so lange Jahre verzögerte Reprivatisierungsaktion in Altenrath zu fördern und zu beschleunigen?“

Dr. Dollinger: „Die belgischen Stationierungsstreitkräfte haben das Dorf Altenrath... in einer Gesamtgröße von etwa 150 ha formell am 11. April 1963 unter bestimmten Vorbehaltsrechten freigegeben. In Kenntnis dieser Absicht hat die Bundesvermögensverwaltung vorsorglich schon seit Ende 1960 Verhandlungen über die Reprivatisierung geführt. Sie konnten bisher nicht abgeschlossen werden, weil der Regierungspräsident Köln... unter Berufung auf die noch nicht endgültige Planung des Flughafens seine Genehmigung versagt hat... Nach einem mir jetzt bekanntgewordenen Schreiben des RP Köln hat sich dieser inzwischen mit der Veräußerung der innerhalb der Ortslage des Dorfes Altenrath gelegenen... Grundstücke einverstanden erklärt... Mit dieser Entscheidung ist nunmehr die Grundlage für eine rasche Reprivatisierung (dieser) Grundstücke geschaffen.“

Der Abgeordnete Karl Wienand stellte die Zusatzfrage: „Ist Ihnen aber klar, daß die ganze Angelegenheit sich noch weiter verzögern kann, weil bis heute... die endgültigen Pläne für den Ausbau des Flughafens... nicht feststehen?“

Dr. Dollinger: „Ich darf aber feststellen, daß die Verzögerung nicht von den Bundesdienststellen verursacht wird, sondern in diesem Fall durch die Unklarheit über die Planung des Flugplatzes Köln/Bonn.“

Noch einmal schöpfte Bürgermeister Gärtner, der offenbar nicht zwischen den Zeilen gelesen hatte, Hoffnung und schrieb an Karl Wienand einen Brief,

9 Intakte, von Wildkräutern überwucherte Wiesen umgeben heute die Altenrath Siedlungsplätze

um ihm „für die unschätzbare Unterstützung, die endgültig zur Freigabe des Ortes führte, aufrichtigst zu danken“.

Kurz danach, am 6. Januar 1964, wurde in Düsseldorf gleichfalls eine Kleine Anfrage (Nr. 48), Altenrath betreffend, gestellt. Diese beantwortete Landesminister Kienbaum. Er begann mit der ebenso diplomatischen wie nichtssagenden Formulierung: „Die Landesregierung wird wie bisher alle der Reprivatisierung dienenden Maßnahmen unterstützen.“ Doch dann stellte er klar:

„Nach den von der Landesregierung beschlossenen Grundsätzen der Luftfahrtpolitik... müssen für die Entwicklung eines sicheren und geordneten Luftverkehrs Flughäfen mit leistungsfähigen Anlagen zur Verfügung gestellt werden. Deshalb halte ich es als verantwortlicher Fachminister für notwendig, daß der Raum für eine Parallelbahn 07R/25L (das ist die 2. Querwindbahn) freigehalten wird. Wann sich die Notwendigkeit zum Bau der Bahn ergeben wird, ist z. Z. noch nicht abzusehen.“

Dr. Nöfer, der damals Mitglied des Aufsichtsrats der Flughafen GmbH war, äußerte in dieser Zeit wiederholt, der Aufsichtsrat habe die Querwindbahn mehrfach abgelehnt, doch die Landesplanung lege offenbar andere als nur wirtschaftliche Maßstäbe an⁵.

Das gesamte Jahr 1964 war dadurch gekennzeichnet, daß die Bundesbehörden (Schatzminister und Oberfinanzdirektion) mehrfach Planungsbesprechungen anberaumten – zuerst am 27. Februar, zuletzt am 8. Dezember – um endlich zu reprivatisieren, während die Landesregierung eine Hinhaltenaktik betrieb, indem sie ständig Bedenken gegen die vorgelegten Pläne erhob.

Das blieb den Altenrathern nicht verborgen, weshalb der Gemeinderat am 29. Dezember ein Memorandum beschloß, das er an die Bundesminister Dollinger und Lücke, die Landesminister Weyer, Kienbaum und Franken, den Finanzpräsidenten Link, Regierungspräsident Grobben, Oberkreisdirektor Kieras, die MdB Kliesing und Wienand und die MdL Hardt, Pahlenberg und Dr. Solbach richtete.

Mit Beginn des Jahres 1965 trafen die Antworten im Heidedorf ein. Zunächst schrieb OKD Kieras, daß er „die Resolution für wenig glücklich halte...“, weil sie der Entwicklung von Altenrath alles andere als förderlich sei“. Die Hauptursache der Verzögerung sei die 2. Querwindbahn, „hiergegen müßte sich der Angriff der Gemeinde richten“. Dr. Kliesing, der noch im Dezember den Bundestag erneut mit Altenrath beschäftigt hatte, empfahl eine Anfrage im Landtag, da das Land zuständig sei; während Karl Wienand die Sache noch einmal im Bundestag zur Sprache bringen wollte.

Die Bundesminister Dollinger und Lücke bekräftigten noch einmal die Bereitschaft der Bundesbehörden, „die Reprivatisierung so schnell wie möglich zu vollziehen“, und bei der Oberfinanzdirektion wurde „an der Erstellung eines neuen Bebauungsplanes für Altenrath intensiv gearbeitet“.

Die Landtagsabgeordneten Dr. Solbach, Pahlenberg und Hardt stellten erneut Kleine Anfragen. Außerdem kündigten die beiden letzten eine gegen den Bau der Querwindbahn gerichtete Denkschrift

des Siegkreises an. Doch die Haltung der Landesregierung hatte sich nicht geändert; Minister Kienbaum erklärte, daß „die Reprivatisierung davon abhängen würde, wie über Planung und Anlage einer zweiten Querwindbahn entschieden wird“. Damit war auch diese großangelegte „Winteroffensive“ im Sande verlaufen. Sie hatte allerdings acht Monate später, vier Wochen vor der Bundestagswahl, ein parteipolitisches Scharmützel zur Folge:

MdB Prof. Gustav Stein schrieb am 19. August einen bewegenden Brief an Ministerpräsident Dr. Meyers:

„Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Planungen der Köln/Bonner Flughafen GmbH und der Landesbehörden nicht immer vollkommen übereinstimmen. (Was im Zusammenhang mit der Erweiterung des Flughafens) auf Landesebene unter ‚Planung‘ verstanden wird, scheint mir gegenwärtig nicht mehr als eine Idee zu sein... Ich habe bisher keine konkreten und überzeugenden Pläne über den weiteren Ausbau des Flughafens einsehen können... Es ist mir bekannt, daß die Herren des Fachs aus der Flughafenverwaltung von der Notwendigkeit des Baues einer zweiten Querwindbahn nicht überzeugt sind...

Im Juli 1951 hat der Regierungspräsident in Köln der Siedlergemeinschaft Altenrath gegenüber versichert, daß er alles in seiner Macht stehende tun werde, um den Siedlungsproblemen von Altenrath das Gefühl der Bodenständigkeit und Sicherheit zu geben. Dieses Gefühl ist von der Exekutive über 1½ Jahrzehnte hinweg toleriert worden. Es scheint mir nun an der Zeit zu sein, diesem Gefühl die rechtliche Basis zu geben. Ich bin der Meinung, daß die Bürger von Altenrath nach vielen Jahren einen ebenso klaren wie moralisch begründeten Rechtsanspruch auf eine endgültige und offene Klärung ihrer Situation haben.“

Nachdem sich auch der Kreistag bereits am 21. Juni 1965 in einer hitzigen, ganz im Zeichen des Wahlkampfes stehenden Debatte an den Ministerpräsidenten gewandt hatte, kam es am 18. September zu einem Gespräch mit Dr. Meyers, an dem Vertreter des Siegkreises, Altenraths und Troisdorfs im Haus des Landtags NRW in Bonn teilnahmen. Wie der Kölner Stadt-Anzeiger und die Rundschau am folgenden Tag übereinstimmend berichteten, gelang es insbesondere den Herren *Dr. Kaesbach*, als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Altenrath/Troisdorf, Erich Gärtner, Dr. Nöfer und Josef Alexi, dem Ministerpräsidenten die „Odyssee von Altenrath“ so eindringlich zu schildern, daß er spontan verkündete: „So oder so muß eine Entscheidung fallen, darauf haben die Altenrathler ein moralisches Recht.“

Die Entscheidung fiel in einer Ministerrunde Anfang Dezember in Düsseldorf. Am 10. Dezember 1965 brachte die „Bild“ die Schlagzeile „Altenrath muß sterben!“ „Dr. Meyers erklärte gestern vor Amtsvertretern des Siegkreises: Die zweite Querwindbahn für den Flughafen Wahn wird gebaut.“

Das war noch lange nicht das letzte Wort. Das Heidedorf lieferte auch „Munition“ für den Landtagswahlkampf von 1966. Dr. Solbach machte den Auftakt mit einer erneuten Anfrage im Landtag im April. Karl Wienand bezichtigte den Ministerpräsidenten in einem Offenen Brief, „falsche Hoffnungen zu wek-





11 Altenrather Kneipiers bereiten sich auf die neue Situation, die Besiedlung der 80er Jahre, vor

ken, wo es nach der von Ihnen in den letzten Jahren betriebenen Politik keine Hoffnung mehr gibt". Er wirft ihm vor, die Unwahrheit gesagt zu haben und „daß eine ganze Gemeinde in Unklarheit über ihr Schicksal gelassen wird und daß sie mit Versprechungen hingehalten wird, während durch Geheimplätze längst die grundlegende Entscheidung getroffen wurde“.

Nach der Landtagswahl stellte sich eine neue Regierung dem Problem Altenrath. Erich Gärtner, inzwischen im 12. Jahr Bürgermeister einer Gemeinde auf „Siedlerscheinbasis“, mag aus der veränderten Mehrheit neue Hoffnung geschöpft haben. Landesminister Deneke vereinbarte mit ihm am 28. Februar 1967 ein Gespräch mit Prof. Halstenberg, dem Chef der Staatskanzlei und der Landesplanungsbehörde. Doch mochten sich auch die Mehrheiten geändert haben, die Planungen blieben bestehen.

Zwar wurde der Plan einer zweiten Querwindbahn aufgegeben, doch noch bevor Bundespräsident Heinemann am 20. März 1970 die neuen Empfangsanlagen des Flughafens eröffnete, berichteten Zeitungen wie z. B. der Kölner Stadt-Anzeiger am

12. Februar: „Heidedorf Altenrath muß sterben, wenn die ‚Leber-Bahn‘ gebaut wird.“ Gemeint war die Planung einer dritten Parallelbahn, die sich aus dem Raum Rösrath bis nach Altenrath hätte erstrecken sollen.

Mit dieser Planung beginnt ein neues Kapitel „Altenrather Geschichte“, die einem späteren Chronisten vorbehalten bleiben sollte, da sie noch zu sehr Teil der aktuellen Kommunalpolitik ist. Doch sei deren Ende schon vorweggenommen, um den Leser, der bis hierher mit Geduld gefolgt ist, nicht allzu sehr zu enttäuschen.

Im August 1977 nahm NRW-Verkehrsminister Dr. Riemer Abstand von der weiteren Planung an der dritten Parallelbahn. Dies war das Startsignal für die Stadt Troisdorf, einen Teil Altenraths zurückzukaufen. Im Februar 1982 wurde die erste Rate in Höhe von 5 079 470 DM an den Bund bezahlt. *Der erste, der sein neues altes Haus von der Stadt Troisdorf kaufte, war Josef Allexi*; er unterschrieb mit seiner Frau am 28. April 1983 den Kaufvertrag.

„Also überwand David den Philister“ (1. Samuel 17, 50).